- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nicht-öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:		Datum:
☒ Fachausschuss	Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss	08.09.2003
☒ Fachausschuss	Haushalts- u. Finanzausschuss	03.09.2003
☒ Kreisausschuss		16.09.2003
☒ Kreistag		24.09.2003

Inhalt:
Benutzer- und Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule Uckermark

Wenn Kosten entstehen: keine zusätzlichen Kosten

Kosten lt. HH-Plan	Haushaltsstelle UA: 35000,35010, 35020	Haushaltsjahr 2004	☒ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:			

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Benutzer- und Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule Uckermark.

zuständiges Amt:

Schulverwaltungsamt
 Uwe Falke
 Marita Rudick
 Klemens Schmitz
 Amtsleiter
 Dezernentin
 Landrat

abgestimmt mit:

Amt	Name	Unterschrift
Dezernat I	Herr Förster	
Rechtsamt	Frau Baum	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (s.beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
KBSA	08.09.03						
HFA	03.09.03						
KA	16.09.03						
KT	24.09.03						

Begründung der Vorlage:

Mit dem Gesetz zur Entlastung der Kommunen von pflichtigen Aufgaben vom 04.06.2003 erfolgte im Artikel 3 eine Änderung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes. Mit der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil 1 Nr. 9 vom 10. Juni 2003 ist ein Wirksamwerden der gesetzlichen Veränderungen am Tage nach der Verkündung gegeben (Anlage 1).

Demzufolge haben auch zukünftig die Landkreise und kreisfreien Städte als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe die Grundversorgung unter Berücksichtigung der Trägervielfalt sicherzustellen, werden jedoch von der Verpflichtung entlastet, dabei einen vom Land vorgegebenen Mindestumfang erreichen zu müssen. In höherem Maße können somit regionale Besonderheiten und Entwicklungen Berücksichtigung finden. Weiterhin wird der finanzielle Gestaltungsspielraum erhöht.

Mit dem Zuwendungsbescheid des Landes Brandenburg vom 03.07.2003 zur Förderung der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz erfolgte auch eine Änderung des Grundversorgungsschlüssels auf 2.400 Stunden / 40.000 Einwohner (bisher je 30.000 Einwohner) bei 15,85 € / Unterrichtsstunde Mittelbereitstellung. In 2003 verfügt der Landkreis damit über 8.916 förderfähige Unterrichtsstunden (bisher 11.888 Unterrichtsstunden). Eine Reduzierung um 2.972 Unterrichtsstunden in 2003 ist somit erfolgt, was 25 % entspricht.

Vor diesem Hintergrund wird eine Veränderung der Benutzer- und Entgeltordnung vorgeschlagen (Anlage 2), um

- mehr Flexibilität bei den Angeboten in Abhängigkeit vom Bedarf zu erreichen,
- ein nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz förderfähiges Mindestangebot auch bei Rückgang der Teilnehmerzahlen zu erhalten,
- einem förderfähigen Bedarf an LiG (Lernen in kleinen Gruppen) gerecht zu werden,
- dem Einnahmeausfall aufgrund einer geringeren Anzahl von förderfähigen Unterrichtsstunden entgegen zu wirken und somit den Zuschussbedarf nicht ansteigen zu lassen.

Finanzielle Auswirkungen

Die 25 %ige Reduzierung der geförderten Weiterbildungsstunden wird für die Kreisvolkshochschule Uckermark (KVHS) voraussichtlich einen Einnahmeverlust von mindestens ca. 26,3 T€/Jahr zur Folge haben. Dieses soll kompensiert werden, da mit dem Kreistagsbeschluss DS-Nr.: 18/2001 eine Deckelung des Zuschussbedarfes auf max. 230 T€/Jahr für die KVHS festgelegt wurde.

Entwicklung Zuschussbedarf KVHS in T€/Jahr:

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Plan 2003
in T€	266	227	224	204	147	243	281*

(* Zusammenführung mit Kreismedienzentrum mit ca. 100 T€ zusätzlichem Zuschussbedarf/Jahr)

Sollten die vorgeschlagenen Veränderungen in der Benutzer- und Entgeltordnung der KVHS nicht die erwartete Entwicklung zur Stabilisierung und Einhaltung des Zuschussbedarfes bringen, sind grundlegende Strukturveränderungen unausweichlich.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Vergleich zur bisher gültigen Benutzer- und Entgeltordnung sind in der beigefügten Neufassung (Anlage 2) durch Fettdruck hervorgehoben. Weiterhin ergaben sich teilweise Neuordnungen schon bestehender Regelungen.

Anlage 1

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I – Nr. 9 vom 19. Juni 2003

S. 173

S. 174

**Gesetz
zur Entlastung der Kommunen
von pflichtigen Aufgaben**

Vom 4. Juni 2003

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht:

- Artikel 1 Änderung des Kindertagesstättengesetzes
- Artikel 2 Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes
- Artikel 3 Änderung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes
- Artikel 4 Änderung der Gemeindeordnung
- Artikel 5 Änderung der Amtsordnung
- Artikel 6 Änderung der Landkreisordnung
- Artikel 7 Änderung des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes
- Artikel 8 Änderung der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung
- Artikel 9 Änderung des Landesbeamtengesetzes
- Artikel 10 Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg
- Artikel 10 a Änderung des Gemeinderfinanzierungsgesetzes 2002/2003
- Artikel 10 b Änderung des Zweiten Gesetzes zur landesweiten Gemeindegebietsreform betreffend die kreisfreie Stadt Cottbus und das Amt Neunhausen/Spree
- Artikel 11 Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang
- Artikel 12 Übergangsvorschrift
- Artikel 13 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Artikel 3**Änderung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes**

Das Brandenburgische Weiterbildungsgesetz vom 15. Dezember 1993 (GVBl. I S. 498) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Landkreise und kreisfreien Städte stellen für ihr Gebiet eine Grundversorgung der Weiterbildung im Sinne des § 2 unter Berücksichtigung der Trägervielfalt sicher, deren Umfang sie eigenständig festlegen.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 1 bis 3.

3. In § 10 Abs. 3 Nr. 2 wird die Angabe „§ 6 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 6 Abs. 3“ ersetzt.

4. In § 27 Abs. 2 werden die Wörter „zu erbringende“ gestrichen.

Artikel 13**S. 178****In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

(1) Artikel 2 Nr. 1 tritt am 1. August 2003 in Kraft, jedoch mit Geltung für die Schülerinnen und Schüler an Ersatzschulen erst am 1. Januar 2004. Artikel 2 Nr. 2 tritt am 1. Januar 2004 in Kraft. Artikel 4 Nr. 6, 7, 9, 10 und 13, Artikel 5 Nr. 1 und 4 und die Artikel 7 und 8 treten am Tage der nächsten landesweiten Kommunalwahlen in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Mit dem In-Kraft-Treten dieses Gesetzes nach Absatz 1 Satz 2 tritt die Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung vom 31. Juli 2001 (GVBl. II S. 542) außer Kraft.

Potsdam, den 4. Juni 2003

Der Präsident
des Landtages Brandenburg

Dr. Herbert Knoblich

Anlage 2

Benutzer- und Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule Uckermark

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 24.09.2003 nachfolgende Benutzer- und Entgeltordnung der Kreisvolkshochschule Uckermark auf der Grundlage des § 29 Abs. 2 Nr. 14 der Landkreisordnung (LKrO) vom 15.10.1993 (GVBl. I, S. 398) in der jeweils geltenden Fassung i.V.m. § 9 der Satzung der Kreisvolkshochschule Uckermark vom 18.04./03.05.2001 beschlossen:

§ 1 Teilnahmebedingungen

- (1) Die Kreisvolkshochschule Uckermark (nachfolgend KVHS genannt) ist eine Weiterbildungseinrichtung in Trägerschaft des Landkreises Uckermark.
- (2) Die Veranstaltungen sind jedermann, in der Regel ab einem Alter von 16 Jahren, zugänglich.

§ 2 Entgeltpflicht

Von Teilnehmern an den Veranstaltungen der KVHS sind, sofern diese nicht entgeltfrei angeboten werden, Entgelte nach den Bestimmungen dieser Ordnung zu zahlen.

§ 3 Mindestteilnehmerzahl

- (1) Die Mindestteilnehmerzahl für Kurse und Einzelveranstaltungen an der KVHS beträgt in der Regel **10** Teilnehmer.
- (2) Verringert sich die Teilnehmerzahl eines Kurses während des Semesters auf unter 5 Teilnehmer, können Kurse seitens der KVHS zusammengelegt oder geschlossen werden. Dagegen können Kurse mit hoher Teilnehmerzahl geteilt werden. Die Entscheidung liegt bei der Leitung der KVHS.
- (3) **Für Kleingruppen (min. 4 bis max. 6 Teilnehmer) können besondere Veranstaltungen angeboten werden.**

§ 4 Höhe der Teilnehmerentgelte

- (1) **Für Weiterbildungsveranstaltungen, die der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (BbgWBG) zuzuordnen sind (§ 3 Abs. 1), betragen die Teilnehmerentgelte pro Unterrichtsstunde (45 Minuten):**

	€/ Unt.-Std. ab 10 Teilnehmer	€/ Unt.-Std. bei 7 – 9 Teilnehmern
Allgemeine Kurse	1,80	2,70
Informatik - Anfängerkurse	2,60	3,50
Informatik - Fortführungskurse	3,00	3,90
Gesundheits- und Sportkurse	2,00	2,80

Liegt die Zahl der Interessenten unter 7 kann die Veranstaltung trotzdem stattfinden, wenn die Teilnehmer das entsprechend der geringeren Teilnehmerzahl neu kalkulierte Entgelt akzeptieren.

- (2) **Werden Weiterbildungsveranstaltungen, die der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (BbgWBG) zuzuordnen sind in Kleingruppen (§ 3 Abs. 3) angeboten, betragen die Teilnehmerentgelte pro Unterrichtsstunde (45 Minuten):**

	€/ Unt.-Std. bei min. 4 bis max. 6 Teilnehmern
Allgemeine Kurse	4,00
Informatik - Anfängerkurse	5,00
Informatik - Fortführungskurse	5,50
Gesundheits- und Sportkurse	4,20

- (3) **Weiterbildungsveranstaltungen, die nicht der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (BbgWBG) zuzuordnen sind, werden nach Aufwand, mindestens aber mit 35% Aufschlag kalkuliert.**
- (4) Bei der Anmeldung wird je Veranstaltung eine Anmeldegebühr von **2,00** EURO erhoben.
- (5) Für die Ausstellung einer Teilnahmebescheinigung wird eine Gebühr von **2,00** EURO pro Bescheinigung erhoben.
- (6) Für Kurse, die in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen durchgeführt werden, kann das Entgelt entfallen, gemindert oder heraufgesetzt werden.
- (7) Für das Ablegen von Prüfungen und das Ausstellen von Zertifikaten gelten die aktuellen finanziellen Regelungen des VHS-Verbandes.
- (8) Für an die Teilnehmer in den Kursen und Seminaren ausgegebenen Fotokopien wird ein Betrag von 0,10 EURO pro Seite (A4) erhoben. Entstehen in den Kursen weitere Sachkosten, so sind diese von den Teilnehmern zu tragen.

§ 5 Ermäßigungen

- (1) Alle Ermäßigungen werden auf Antrag und Nachweis des Anspruches gewährt, sofern das Entgelt mehr als 8,00 EURO pro Veranstaltung beträgt.
- (2) Schülern, Auszubildenden und Studenten (Ermäßigungsstufe I) wird eine Ermäßigung von 25 % und Personen mit nachgewiesener Wohngeldberechtigung (Ermäßigungsstufe II) eine Ermäßigung von 50 % gewährt.
- (3) Entgeltermäßigungen sind bei Gesundheits- und Sportkursen nach **§ 4 Abs. 1 und 2**, Studienreisen, Exkursionen und Sonderveranstaltungen ausgeschlossen. Der Ausschluss der Ermäßigung gilt auch für die **Anmeldegebühr (§ 4 Abs. 4)**, die Teilnahmebescheinigung (**§ 4 Abs. 5**) und die Sachkosten (**§ 4 Abs. 8**).

- (4) Anspruch auf Ermäßigung besteht **ebenfalls** nicht, wenn:
1. die **Veranstaltung nicht der Grundversorgung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz (BbgWBG) zuzuordnen ist oder**
 2. die Kosten der **Veranstaltung** ganz oder teilweise von Dritten übernommen werden.

§ 6

Fälligkeit der Entgelte und Zahlungspflichten

- (1) Jeder Teilnehmer, der sich für eine Veranstaltung **schriftlich** angemeldet hat, ist zur Zahlung des Teilnehmerentgeltes verpflichtet.
- (2) **Die Teilnehmerentgelte werden bei Veranstaltungsbeginn fällig.**
- (3) Kursteilnehmer, die in bereits laufende Kurse einsteigen, oder nur teilweise an Kursen teilnehmen wollen, zahlen das Entgelt für die volle Kursdauer. Über Ausnahmen entscheidet die Leitung der KVHS. Der Anspruch auf Ermäßigung gemäß § 5 bleibt dabei erhalten.
- (4) Die durch die Zahlung des Entgeltes entstandene Teilnahmeberechtigung kann nicht auf andere Personen übertragen werden.

§ 7

Erstattung von Entgelten

- (1) Eine Erstattung bereits gezahlter Entgelte erfolgt nur, wenn:
 1. der Kurs, das Seminar o. ä. seitens der KVHS nicht durchgeführt werden kann, in voller Höhe,
 2. der Kurs, das Seminar o. ä. seitens der KVHS abgebrochen werden muss, anteilmäßig gem. § 4 dieser Ordnung, wenn der Erstattungsbetrag mindestens 6,00 EURO beträgt,
 3. Teilnehmer von Kursen, Seminaren o. ä.
 - lt. ärztlicher Bescheinigung durch Krankheit
 - durch Umzug in eine andere Gemeinde oder
 - aufgrund geänderter Arbeits-, Ausbildungs- oder Schulverhältnisse lt. Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Schule die Veranstaltungen nicht mehr weiter besuchen können bzw. für die eine weitere Teilnahme unzumutbar ist.
- (2) Die gezahlten Entgelte werden anteilmäßig erstattet, wenn der Betrag mindestens 6,00 EURO beträgt. Die Erstattung ist schriftlich bei der KVHS zu beantragen. Die zu erstattenden Beträge werden jeweils auf volle EURO abgerundet. Eine Rückzahlung von Entgelten an Teilnehmer, die einen Kurs von sich aus abbrechen, erfolgt nicht.

§ 8
Berechnung

Die Höhe der zu zahlenden Geldbeträge wird grundsätzlich durch das kaufmännische Rundungsverfahren ermittelt.

§ 9
In-Kraft-Treten

- (1) Diese Benutzer- und Entgeltordnung tritt am **01.02.2004** in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Benutzer- und Entgeltordnung vom 23.07.1994 in der z.Z. geltenden Fassung außer Kraft.

Prenzlau, den

Klemens Schmitz
Landrat